

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann,  
Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/3483 –**

### **Für eine Stärkung der breit aufgestellten europäischen Grundlagenforschung – Keine finanziellen Einschnitte beim Europäischen Forschungsrat zu Gunsten des Einzelprojekts ITER**

#### **A. Problem**

Der Europäische Forschungsrat (ERC) ist ein wichtiges Instrument für die europäische Grundlagenforschung. Damit er zukünftig noch effektiver handeln kann, bedarf es der strukturellen und finanziellen Optimierung seiner Autonomie. Insbesondere muss verhindert werden, dass die hohen Ausgaben für das Einzelprojekt „Internationaler Thermonuklearer Experimental-Reaktor“ (ITER) die Förderungsmöglichkeiten anderer wichtiger Grundlagenforschungsprojekte durch den ERC einschränken.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Reduzierung administrativer Hürden und Verbesserung der finanziellen und organisatorischen Autonomie des ERC einzusetzen. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass die derzeit ausgehandelten Mehrkosten für ITER nicht zulasten der Finanzierung des ERC gehen, die absolute Obergrenze darstellen und andere Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/3483 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2012

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Dr. Stefan Kaufmann**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Sylvia Kotting-Uhl

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3483** in seiner 81. Sitzung am 16. Dezember 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD erklärt, dass auf europäischer Ebene durch die Einführung des Europäischen Forschungsrates (ERC) im Jahr 2007 im Zuge des 7. Forschungsrahmenprogramms ein neuer Weg im Bereich der Förderung europäischer Grundlagenforschung betreten worden sei. Diese stelle das Fundament für Produkte und Dienstleistungen der Zukunft dar, so dass die Weiterführung des ERC in besonderem Maße unterstützt werden müsse.

Des Weiteren stellt die Fraktion der SPD fest, dass die Europäische Union große Summen in das Großprojekt ITER investiere. Aktuelle Informationen nach würden sich die Baukosten für den ITER verdreifachen. Dies bedeute für die EU einen Kostenanstieg von 2,6 Mrd. auf 6,6 Mrd. Euro. Die EU trage insgesamt 45,5 Prozent der Kosten des Projekts. Für den Zeitraum von 2012 bis 2013 bestehe eine Finanzierungslücke von 1,4 Mrd. Euro, die zum größten Teil aus der Rubrik 1a des europäischen Forschungshaushalts gegenfinanziert werde.

Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass Ressourcenverfügbarkeit und eine relative Umweltverträglichkeit positive Aspekte der Energiegewinnung durch Kernfusion seien, es jedoch vollkommen unklar sei, ob frühestens ab 2050 sicher und bezahlbar Elektrizität produziert werden könne. Es wird davor gewarnt, dass die Finanzierung zulasten der übrigen europäischen Forschungslandschaft, insbesondere des ERC, einen harten Schlag für die gesamte europäische Grundlagenforschung und eine Infragestellung des Bottom-up-Prinzips bedeuten würde.

Die Fraktion der SPD weist auf die in naher Zukunft beginnenden Verhandlungen über die Ausgestaltung des 8. Forschungsrahmenprogramms hin. Dabei gehe es auch um die strukturellen und finanziellen Details der Weiterführung des ERC.

Vor diesem Hintergrund solle die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für die Reduzierung der administrativen Hürden des ERC und für die Verbesserung seiner finanziellen und organisatorischen Autonomie einzusetzen und die Erhöhung seines finanziellen Forschungsbudgets innerhalb des 8. Forschungsrahmenprogramms anzuregen.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung vor allem sicherstellen, dass die derzeitig ausgehandelten Mehrkosten für

ITER die absolute Obergrenze darstellen und nicht zum Nachteil gut funktionierender und auch international als innovativ bewerteter Institutionen und Projekte, vor allem nicht zum Nachteil der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, finanziert werden. Es sollten auch Lösungen gefunden werden, wie ITER verstärkt durch privatwirtschaftliche Gelder mitfinanziert werden könnte.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben am 16. März 2011 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3483 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3483 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird auf die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes für die zukünftige Energieversorgung neben den erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz hingewiesen. Dies könne das ITER-Projekt leisten. Die CDU/CSU-Fraktion stehe weiter zu dem Projekt und weise darauf hin, dass eine sichere Kostendeckelung fraktionsübergreifender Konsens sei.

Des Weiteren bekenne sich die CDU/CSU-Fraktion zum ERC, einer herausragenden Einrichtung des europäischen Forschungsraums. Weil darüber hinaus auch neue Aufgaben auf den ERC zukämen, werde es keine Mittelkürzung geben, sondern es solle im 8. Forschungsrahmenprogramm ein deutlich höherer Etat durchgesetzt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU lehne den vorliegenden Antrag vor allem deshalb ab, da er unterschwellig eine Tendenz zur Distanzierung vom ITER zeige. Es bestehe zwar Konsens hinsichtlich der Finanzierung des ERC, der nicht unter ITER leiden dürfe, jedoch sei gerade deswegen der Antrag überflüssig und dazu zeitlich unpassend, denn die entscheidende Debatte zwischen Parlament, Kommission und Rat sei noch nicht abgeschlossen. Die Problematik solle erst im Kontext des 8. Forschungsrahmenprogramms erörtert werden. Hier stelle sich die Frage an die Bundesregierung, ob die Forde-

zung einer Erhöhung des ERC-Etats auch durch das Ministerium mitgetragen werde.

Die **Fraktion der SPD** führt aus, der Kerninhalt des Antrags sei zum einen die Deckelung der ITER-Kosten und zum anderen die Sicherung einer mindestens gleichbleibenden Finanzierung des ERC. Man könne aufgrund einiger in Brüssel geführter Gespräche eine Finanzierung des ITER zulasten anderer europäischer Forschungsprojekte in Zukunft nicht ausschließen.

Aus Sicht der Antragsteller liege es auf der Hand, dass bei dem Projekt ITER von nicht bezifferbaren Mehrkosten auszugehen sei, wie es auch ein Beispiel in der Zeitschrift „Nature“ demonstriere. Zusätzliche Kosten dürften auf keinen Fall zulasten der erneuerbaren Energie- und Energieeffizienzforschung erfolgen, zumal diese in den EU-Forschungsrahmenprogrammen unterrepräsentiert seien. Die Kosten müssten sicher gedeckt werden, z. B. durch die Gewinnung privatwirtschaftlicher Mittel.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird angemerkt, dass sie nach wie vor zu dem ITER-Projekt stehe. Richtig sei aber auch, dass die Finanzierung des Mehrbedarfs für den ITER derzeit nicht geklärt sei. Die Kommission habe noch keinen neuen konkreten Finanzierungsvorschlag vorgelegt. Man solle im Sinne der Kommission eine Lösung im Kontext der Verlängerung des Programms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) suchen.

Eindeutig sei, dass man wegen des Bekenntnisses zum ITER und zum ERC gemeinsam zu konstruktiven Lösungsansätzen kommen werde.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE**, wird erklärt, dass der Antrag der Fraktion der SPD auf die Kostenfrage reduziert werde, es aber nicht nur finanzielle Auswirkungen auf den ERC und auf die Grundlagenforschung gebe. Insbesondere müsse die Frage des „ob“ wieder in der Vordergrund treten.

Es bestehe genug Anlass, um konsequent zu versuchen, mit den internationalen Partnern die Ausstiegsoption aus dem ITER zu diskutieren. Die dadurch gewonnenen Finanzmittel könnten dann u. a. für erneuerbare Energien genutzt werden. Dies ginge über Abschnitt II Nummer 6 des Antrags der Fraktion der SPD hinaus.

Ein weiteres Problem bestehe bei der Darstellung der Entwicklungsgeschichte des ERC. Aus Sicht der Länder, die später in die EU eingetreten seien, gebe es eine negative Bilanz bezüglich der Förderentscheidungen des ERC. Auch seien Frauen in den Projektbewilligungen des ERC deutlich unterrepräsentiert.

Es stelle sich generell die Frage, ob nicht das Grundkonzept des ERC überdacht werden müsse.

Aus den dargelegten Gründen werde man sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erklärt, wenn man die Energiewende beschleunigen wolle, dann müsse dies auch Auswirkungen auf die Energieforschung haben. ITER könne aber vor 2050 keinen Beitrag zur Energiegewinnung leisten und mache einen immer größeren Posten im EU-Haushalt aus. Um die europäische Forschung und ihren Beitrag zur Energiewende nicht weiter zu bremsen, sei eine klare Position erforderlich, dass man aus dem Projekt ITER aussteigen wolle.

Mit der Auffassung der SPD-Fraktion bezüglich des ERC stimme man überein. Ergänzend zu der Aussage seitens der Fraktion DIE LINKE, sei hinzuzufügen, dass der ERC nicht die richtige Stelle sei, um einen Anschluss der neuen Mitgliedstaaten an die Spitzenforschung zu erreichen, denn dort müsse dauerhaft Exzellenz garantiert werden. Konsens bestehe darüber, dass der Anschluss im 8. Forschungsrahmenprogramm geregelt werden sollte.

Die Lageeinschätzung im Antrag der SPD-Fraktion sei richtig, aber die angestrebten Konsequenzen seien falsch, deshalb werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird ausgeführt, dass aus ihrer Sicht die Kernfusion eine langfristige Option für die Energieversorgung sei, auch wenn die aktuellen Energiefragestellungen nicht abschließend beantwortet werden könnten.

Die Finanzierung des ITER-Projekts sei noch nicht geklärt. Die Position der Kommission sei bislang, dass 460 Mio. Euro aus dem Kapitel 1a und rund 840 Mio. Euro aus dem Kapitel 2 genommen werden sollten. Dies empfinde die Bundesregierung zumindest als angemessen.

Der Fraktion DIE LINKE, sei zuzustimmen, dass zu wenig ERC-Mittel in die neuen Mitgliedstaaten flössen und dass der Frauenanteil bei den vom ERC geförderten Projekten ungenügend sei. Aber aus Sicht der Bundesregierung müsse bezüglich des ERC allein das Exzellenzkriterium gelten.

Des Weiteren sehe die Bundesregierung den ERC als Erfolgsstory an und wolle diesen daher im 8. Forschungsrahmenprogramm weiter ausbauen. Dies sei insbesondere aufgrund der hohen Antragszahlen und der geringen Erfolgszahl von 13 Prozent erforderlich. Der Haushaltsausbau des ERC entspreche ferner auch den Wünschen und Vorschlägen der Wissenschaftsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin, den 16. März 2012

**Dr. Stefan Kaufmann**  
Berichterstatte

**René Röspel**  
Berichterstatte

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichterstatte

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatte

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstatte